

Schadensbilanz Schwarz-Gelb

Zukunftsrisiko für Deutschland

„Diese Koalition ist, wie jeder weiß, ein Bündnis nicht auf Gedeih, sondern auf Verderb. Es ist die wohl trübsinnigste Koalition, welche die Bundesrepublik je hatte. (...) Einen Baum, der solche Früchte trägt, würde man umhauen.“
(Heribert Prantl, *Süddeutsche Zeitung* vom 17. Juni 2011)

Deutschland hat die schlechteste Regierung seit Jahrzehnten. Zwei Jahre nach dem Start von Schwarz-Gelb ist das Urteil von Medien und Öffentlichkeit verheerend: Union und FDP sind mit der Regierungsverantwortung überfordert und zu einer soliden, geradlinigen und vorausschauenden Politik nicht in der Lage. Zu Recht erwarten die Menschen über alle Parteigrenzen hinweg von jeder Regierung ein Mindestmaß an Professionalität. Doch seit zwei Jahren erleben sie Tag für Tag eine Koalition, deren Erscheinungsbild von Orientierungs- und Ratlosigkeit, von Überforderung und Handlungsunfähigkeit, von Zerrissenheit und Chaos geprägt ist. Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb in kürzester Zeit zum Synonym für Dauerstreit, Fehlentscheidungen und beispiellosen Lobbyismus geworden. Fruchtllose Selbstbeschäftigung und orientierungsloses Durchwursteln prägen das Handeln der Regierung.

Schwarz-Gelb gefährdet die Zukunft Deutschlands. Die Regierung ist nicht willens und in der Lage, Herausforderungen anzupacken, notwendige Weichenstellungen vorzunehmen und solide Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu finden. Inzwischen wird jeder weitere Tag Schwarz-Gelb zum Zukunftsrisiko, weil die notwendigen Antworten ausbleiben – zur Zukunft Europas, zur Regulierung der Finanzmärkte, zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung, zur Überwindung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Schwarz-Gelb hinterlässt massenhaft Enttäuschung. Das Misstrauen in der Bevölkerung sitzt tief – unabhängig von parteipolitischen Vorlieben. Diese Koalition ist am Ende. Die FDP zerfällt. Die CSU fährt als Geisterfahrer mit unberechenbaren Parolen und windigem Populismus auf Kollision gegen die Schwesterpartei. Die CDU und ihre Kanzlerin lavieren ohne Kurs und Kompass.

Die ausführlichere Fassung der „Schadensbilanz“ zu zwei Jahren Schwarz-Gelb erscheint kommende Woche als Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion.

AUS DER ZEIT GEFALLEN

Die orientierungslose Koalition

„Wir müssen uns eingestehen, dass die erste Halbzeit nicht so toll war“, sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder (Welt am Sonntag vom 7. August 2011). Was wie ein Eingeständnis klingt, ist in Wahrheit eine maßlose Untertreibung.

Fakt ist: Deutschland hat eine Regierung, der niemand mehr etwas zutraut. „Die FDP ist kaum noch vorhanden, die CDU/CSU steckt in einer tiefen Identitätskrise, die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin ist erschüttert“ (Die Zeit vom 1.9.2011). Miserabler kann die Bestandsaufnahme über den Zustand einer Regierungskoalition zwei Jahre nach Amtsantritt kaum ausfallen.

Das verheerende Urteil von Presse und Öffentlichkeit kommt nicht von ungefähr: Kraft- und ideenlos verwalteten Merkel und ihr Rotationskabinett den Status Quo. Die Koalition hat keine Leitidee, kein gemeinsames Projekt und keine übergeordnete Vorstellung vom Gemeinwohl.

Schon in den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag wurde deutlich: Hier geht es nicht um die Sache, nicht um die Gestaltung der Zukunft dieses Landes im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Es war ein Dokument der Ratlosigkeit, das Entscheidungen vertagte und dutzende Prüfkommisionen einsetzte. So war der Koalitionsvertrag bereits nach kürzester Zeit das Papier nicht mehr wert, auf dem er gedruckt war: massenhaft Versprechen gebrochen oder aufgeschoben, zahlreiche Ankündigungen von der Realität überholt. Aus dem zentralen Wahlversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wurden Mehrbelastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Rentnerinnen und Rentner, für Familien und Arme.

Angela Merkel laviert und stolpert von Augenblick zu Augenblick. Die Schlagzeile des nächsten Tages ist wichtiger als die Zukunft des Landes. Positionen und Prinzipien werden scheinbar mühelos ausgewechselt, sobald es für den Machterhalt nützlich ist. Die Süddeutsche Zeitung nennt dies den „meteorologischen Politikstil“ der Kanzlerin: sie „entscheidet sich spontan und geht dahin, wo gerade die Sonne scheint“ (Süddeutsche Zeitung vom 26. August 2011). Bestes Beispiel ist der Zickzackkurs in der Atompolitik, in der Merkel erst gemeinsam mit den Energieriesen die Verlängerung der Atomlaufzeiten ausklüngelte und kein halbes Jahr später wieder rückgängig machte. Ein weiteres Beispiel ist der unverantwortliche Schlingerkurs in der europäischen Schuldenkrise, in der die Regierung durch Mutlosigkeit, Hinhaltetaktik und Führungsschwäche mehr zur Destabilisierung als zur Rettung der gemeinsamen Währung beigetragen hat. Die Kanzlerin ist zur Getriebenen geworden, die jede Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit verspielt hat.

Die Menschen reiben sich die Augen und fragen sich: Wie kann es sein, dass eine Regierung so schlecht auf das Regieren vorbereitet war? Wie ist es möglich, dass eine Regierung so orientierungslos und dilettantisch vor sich hin wurstelt? Im Rückblick auf zwei Jahre Schwarz-Gelb werden drei Dinge deutlich:

Erstens: Union und FDP unterscheidet mehr als sie verbindet – und die wenigen Gemeinsamkeiten sind längst erschöpft. In zentralen Fragen – von der Wirtschafts- und Finanzpolitik über die Europapolitik, die innere Sicherheit, die Gesundheitspolitik bis zur Außenpolitik – finden die Koalitionspartner keinen gemeinsamen Nenner mehr. Ausdruck ist der Dauerstreit *zwischen* den Regierungsparteien. Darin liegt ein Grund für die Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit von Schwarz-Gelb.

Der zweite Grund ist, dass die Spitzen von Union und FDP nicht nur den Rückhalt der Bevölkerung, sondern auch Unterstützung in den eigenen Reihen, unter den eigenen Parteimitgliedern und Wählern verloren haben. Ausdruck dafür ist der Dauerstreit *innerhalb* der Regierungsparteien. Union und FDP sind von tiefgreifenden Identitätskrisen erfasst worden.

Drittens: Der eigentliche Grund für die Krise der Regierung besteht allerdings in dem schlichten Umstand, dass die politischen Antworten von Union und FDP spätestens seit Finanzkrise und Fukushima von der Wirklichkeit überholt sind. Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit, die Deutschland 2008/09 erfasst hat, war das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte zum Dreh- und Angelpunkt geworden sind. Es basiert auf dem Irrglauben an eine wundersame Geldvermehrung aus sich selbst heraus – und auf einer Ideologie, wonach einzig der Verzicht auf Regeln und die Entfesselung der Märkte die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Dieses Wirtschaftsmodell ist gescheitert. Die Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass Märkte politisch gestaltet werden müssen. Neuer Wohlstand kann dauerhaft nur aus echter Wertschöpfung durch Arbeit entstehen – und nicht durch die Steigerung fiktiver Finanzgewinne an den Kapitalmärkten.

In der veränderten Wirklichkeit finden sich Union und FDP nicht zurecht. Sie haben das falsche Programm, die falschen Personen und die falsche Sprache. Noch immer heißt es: „Steuern runter!“, „Mehr Netto vom Brutto“ und „Markt statt Staat“. Schwarz-Gelb ist aus der Zeit gefallen. Das ist der eigentliche Grund, warum diese Koalition sowohl *unfähig* als auch *unwillig* ist, die drängenden Herausforderungen anzupacken.

Der Preis, den Deutschland zahlt, ist hoch: Eine Regierung, die nicht regiert, verspielt nicht nur Chancen, sondern riskiert die Zukunft. Sie verspielt nicht nur die eigene Glaubwürdigkeit, sondern setzt das Vertrauen in die Demokratie aufs Spiel. 74 Prozent der Menschen sehen nicht nur die Regierung, sondern die Politik insgesamt als Getriebene der Märkte. Am Ende stehen Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung.

ÜBERFORDERT IM AMT

Die getriebene Kanzlerin

Die Dauerkrise von Schwarz-Gelb ist längst zur Krise von Angela Merkel selbst geworden. Die Kanzlerin versagt in den politischen Herausforderungen und Richtungsentscheidungen, vor die Deutschland gestellt ist. Lange konnte sich Merkel mit ihrer Weigerung, klare Entscheidungen zu treffen, durchwursteln. Sie verhielt sich unauffällig und ging Streit aus dem Weg. Diese Haltung fiel so lange nicht auf, wie starke Ministerinnen und Minister den Kurs der Großen Koalition prägten.

Der Offenbarungseid kam mit Schwarz-Gelb. Die Unerfahrenheit und Unprofessionalität ihres neuen Koalitionspartners FDP offenbarte Merkels Schwäche: Sie hat keine Ideen und Überzeugungen, für die sie politisch steht und für die sie nötigenfalls auch bereit wäre, ihre Macht zu riskieren. Sie macht sich die Forderungen anderer zu Eigen oder reagiert populistisch auf Stimmungen. Dadurch macht sie Schwarz-Gelb zu einer Koalition der Beliebigkeit. Die Kanzlerin, die laut Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt, wirkt wie eine Getriebene – von den Ereignissen, von den Medien, von ihrer Partei, von ihrem Koalitionspartner.

Wer ist Angela Merkel?

Presse, Öffentlichkeit und Parteianhänger fragen: „Wer ist Angela Merkel?“ (Handelsblatt, 25.3.2011). Dabei verfehlt diese Frage das Politikmodell der Kanzlerin. Richtig gestellt muss sie lauten: Welche dominierende Kraft wirkt auf Merkel ein?

Viele Ministerinnen und Minister in Merkels Kabinett – vor allem auch der FDP – haben die Ernsthaftigkeit des Regierungsauftrags nie verstanden. Das gilt an erster Stelle für Guido Westerwelle, der als Repräsentant einer lautstarken Opposition nicht auf das Regieren vorbereitet war und die Aufgaben eines Regierungsamtes von Anfang an unterschätzt hat. Westerwelle hat nie verstanden, dass ein solches Amt mit Substanz und Verantwortung ausgefüllt werden muss – und nicht mit Rhetorik und Polemik.

Die Kombination aus einer überzeugungslosen Kanzlerin und einem Vizekanzler, der die Rolle des Oppositionspolitikers nie ablegen konnte, hat im ersten Jahr Schwarz-Gelb dazu geführt, dass die Koalition kaum etwas zustande brachte – außer ein einmaliges Politiktheater, in dem sich die Koalitionäre untereinander als „Gurkentruppe“, „Wildsau“ und „Rumpelstilzchen“ beschimpften. Und wenn etwas durchgesetzt wurde, dann waren es Lobbyinteressen. So war das erste Jahr Schwarz-Gelb geprägt durch Untätigkeit und Streit auf der einen und beispiellose Klientelpolitik auf der anderen Seite – mit Steuerbegünstigungen für Parteispender, Firmenerben und Steuerflüchtlinge, mit zugeschobenen Profiten für Pharmaindustrie und Privatversicherungen sowie mit dem Irrweg einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und Milliardengeschenken für die Energiekonzerne. Hinzu kam ein schwarz-gelbes Sparpaket, das Arbeitslose und Familien belastet, während Reiche und Unternehmen verschont bleiben.

Die Folge waren ein dramatischer Absturz der FDP in den Meinungsumfragen und eine beispiellose Serie von Wahlniederlagen für Union und FDP in den Ländern. Hinzu kamen die sich zuspitzende Schuldenkrise in Europa und der GAU von Fukushima. So wurde Merkel im zweiten Jahr Schwarz-Gelb wieder zur Getriebenen. Getrieben diesmal zunächst weniger von der ums Überleben kämpfenden FDP, als vielmehr von den Ereignissen – in Stuttgart, in Griechenland, Portugal und Irland sowie in Japan. Ergebnisse waren das Eingeständnis des Scheiterns in der Energiepolitik mit der 180-Grad-Wende bei den Atomlaufzeiten und ein orientierungsloser Schlingerkurs in der Euro-Krise.

Wer ist Angela Merkel? Zum Ende des zweiten Jahres Schwarz-Gelb wirkt die Kanzlerin müde und überfordert, ratlos und führungsschwach. Auch auf europäischem Parkett überlässt sie anderen die Initiative. Es gelingt ihr nicht mehr, die Koalitionsparteien auf eine gemeinsame Linie einzuschwören. Mit ihrer zögerlichen Haltung verschleppt sie dringende Entscheidungen und verunsichert Menschen, Unternehmen und internationale Partner gleichermaßen. In Europa hat sich die Haltung der Bundesregierung über Monate hinweg krisenverschärfend ausgewirkt. Krisenbewältigung ist von Merkel nicht mehr zu erwarten. Niemand weiß, ob morgen noch gilt, was sie heute verkündet. Bei wichtigen Entscheidungen muss sie inzwischen um ihre eigene Mehrheit im Parlament bangen.

Die Union ist tief verunsichert, die Kritik an Merkel wird lauter. Die FDP kämpft nur noch für sich und ihr politisches Überleben. Auch die neue Führungsriege der Liberalen unter Phillip Rösler stellt Selbstbehauptung über allgemeines Interesse, Parteiprofil über Staatsräson. Damit macht die FDP die ohnehin schon schwerfällige Regierung abermals handlungsunfähig. Die Kanzlerin versucht nur noch krampfhaft, ihre Koalition über den Tag zu retten, während sich Ursula von der Leyen bereits als Nachfolgerin in Stellung bringt.

TESTFALL EUROPA

Europa wird zum Offenbarungseid für Schwarz-Gelb

Zuerst platzten die spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten, dann brach die Realwirtschaft ein, schließlich gerieten die Staaten unter Druck, die Banken retten und die Konjunktur stützen mussten. Die seit fast zwei Jahren schwelende Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion hat 2011 ein neues Stadium erreicht: Angeheizt durch fehlende Entscheidungen der Regierungen der Eurozone ist aus den Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands eine Krise der Währungsunion und eine politische Krise der europäischen Einigung geworden.

In Deutschland und allen anderen Ländern der Eurozone wächst die Sorge um den erarbeiteten Wohlstand, um Ersparnis und um die Alterssicherung. In dieser ernsten Lage sind grundlegende, mutige und über den Tag hinaus gehende Entscheidungen unausweichlich geworden. Wir brauchen tragfähige Lösungen und ein starkes Signal für die Zukunft der europäischen Einheit.

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der übergroßen Mehrheit der konservativen Regierungen Europas ein solches Signal verweigert. Im Ergebnis wurden die Anleger an den Finanzmärkten immer stärker irritiert und die Spekulationen angeheizt. Kanzlerin Merkel trägt mit ihrem taktischen Zögern und Zaudern dafür einen großen Teil der Verantwortung.

Zick-Zack-Kurs der Kanzlerin

Als größtes Mitgliedsland müsste Deutschland auch im eigenen Interesse mutig vorangehen und sich für die Gemeinschaft stark machen. Doch Schwarz-Gelb wirkt getrieben und überfordert. Merkel hat seit mehr als einem Jahr eine Reihe von schweren Fehlern gemacht. Sie hat aus Furcht vor unpopulären Schritten die Lage verschleiert statt aufgeklärt. Sie hat Entscheidungen verschleppt. Sie hat damit das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Deutschlands ebenso aufs Spiel gesetzt wie den Zusammenhalt Europas.

Bereits im Herbst 2009 war absehbar, dass Griechenland an den Rand eines Staatsbankrotts rutschen würde. Doch die Regierung Merkel verschleppte die unangenehme Wahrheit bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Noch im April 2010 sagte Merkel, Griechenland brauche gar keine Hilfe. Im Mai musste überstürzt das erste Rettungspaket geschnürt werden. Anschließend hieß es, Griechenland sei ein Einzelfall. Nur Stunden später kam der Euro-Rettungsschirm. Dann hieß es, das sei die Ultima Ratio, er werde gar nicht in Anspruch genommen. Doch dann ging zuerst Irland unter den Schirm, später Portugal.

Merkel verweigerte sich einer Gläubigerbeteiligung. Aber sie nahm hin, dass die Europäische Zentralbank notleidende griechische Anleihen aufkaufte und zur Bad Bank Europas wurde. Merkel sagte, es werde keine Transferunion geben. Tatsächlich hat mit den Anleihekäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Rettungsschirmen schleichend eine Vergemeinschaftung der Schuldenrisiken begonnen.

Keine von Merkels Botschaften hielt länger als sechs Monate – ein weiterer Grund für den enormen Glaubwürdigkeitsverlust der Kanzlerin und ihrer Koalition. Heute verkündet die Kanzlerin mit scheinbar großer Klarheit: Mit uns gibt es keine Euro-Bonds. Sie darf sich nicht wundern, wenn dies in der Öffentlichkeit geradezu als Ankündigung gemeinsamer Anleihen verstanden wird.

Die Kanzlerin hat mögliche Lösungen immer danach bemessen, was in der Koalition durchsetzbar war

– und nie danach, was in der Europäischen Union notwendig gewesen wäre. Durch Nichthandeln und Unehrlichkeit hat sie zur Verschärfung der Krise beigetragen und Lösungen teurer gemacht.

Historische Bewährungsprobe

Der Erhalt und die Sicherung der Währungsunion ist eine wesentliche Bedingung für unseren Wohlstand und liegt daher im deutschen Interesse. Die Wahrung dieses Interesses verlangt grundlegende, mutige und im Parlament offen zur Entscheidung gestellte Lösungen.

Die Europäische Union befindet sich in einer historischen Bewährungsprobe. Es geht um die Frage, ob die europäische Einheit die Herausforderung der Finanzkrise besteht und ob die deutschen Parteien ihrer Verantwortung gerecht werden. Das europäische Schiff treibt orientierungslos. Alle warten auf Berlin. Doch Deutschland ist führungsschwach. Die Koalition streitet. Die Kanzlerin bangt um ihre Mehrheit. Die FDP profiliert sich gegen Merkel. Schwarz-Gelb droht an der Frage der europäischen Einheit zu zerbrechen. Das wäre weit besser, als wenn Europa an Schwarz-Gelb zerbrechen würde.

AUSBlick

Deutschland braucht Verantwortung und Verlässlichkeit – Unser Projekt heißt Zukunft

Im Herbst 2011 geht es dem Land gut. Trotz, nicht wegen Schwarz-Gelb. Den Aufschwung haben andere erarbeitet: Starke Gewerkschaften, verantwortungsvolle Arbeitnehmer, seriöse Arbeitgeber, innovative Unternehmen und weitsichtige Vorgängerregierungen.

Die Risiken aber werden größer: Die weltweite Schuldenkrise, die Existenzkrise der Europäischen Union, Staaten am Rande der Handlungsfähigkeit, unregulierte Finanzmärkte, neue Belastungen der Industrie, viele Fragezeichen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat und nicht zuletzt Proteste in vielen Ländern. Deutschland ist keine Insel, sondern steckt mittendrin. Die Konjunkturaussichten haben sich mit der Stagnation im zweiten Quartal 2011 (Plus 0,1%) eingetrübt. Die Erholung am Arbeitsmarkt könnte erlahmen. Die Frage ist: Wie viel schwarz-gelbes Durcheinander und wie viele politische Hakensschläge verträgt das Land noch?

Bei allem Optimismus ist Menschen und Unternehmen klar: Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen. Wer keine Lehren aus der Vergangenheit zieht, riskiert die Zukunft. Das ist der vielleicht größte Fehler von Schwarz-Gelb: nichts aus der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten zu lernen und nichts zu tun, um sich für zukünftige Krisen zu wappnen. Dieses Versagen der Regierung zerstört das Vertrauen und die Hoffnung der Menschen, dass wir die Probleme gemeinsam bewältigen können.

Wenn ökonomische Ungleichheit und soziale Ausgrenzung weiter zunehmen, könnte auch unsere Gesellschaft schon bald zerbrechen. Die Politik muss dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Es gilt, die guten Chancen zu nutzen, Arbeitslosigkeit zu besiegen und unsere Industrie zu modernisieren. Es gilt, für die Schaffung guter Arbeit und sicherer Beschäftigungsverhältnisse auch bei den Dienstleistungen, bei Pflege und Betreuung, in Medien und Kultur zu sorgen. Es gilt, die Steuerlast gerechter zu verteilen, mehr Geld für Bildung bereitzustellen, die sozialen Sicherungssysteme und die Kommunen für den demografischen Wandel zu stärken.

Wer nicht vorhat, die Energiewende ein weiteres Mal rückgängig zu machen, muss die Investitionen in Effizienz, Erneuerbare Energien sowie den Ausbau des Stromnetzes erhöhen. Deutschland darf die längst überfällige Regulierung der Finanzmärkte nicht länger bremsen. Hier sind Mut, Entschlossenheit und geschickte internationale Zusammenarbeit gefragt, sonst steuern wir geradewegs auf die nächste Spekulationskrise zu.

Schwarz-Gelb hat für die notwendigen grundlegenden Schritte keine Kraft mehr. Dabei ist Politik nicht machtlos, wenn sie Mut zu Entscheidungen hat. Die Menschen erwarten von ihrer Regierung keine Zauberei. Alles was sie erwarten, ist solide Arbeit und Verlässlichkeit. Doch die Regierung Merkel ist müde. Von ihr sind keine großen Sprünge mehr zu erwarten. Ihre Zeit läuft ab. Je länger Schwarz-Gelb an der Macht klebt, desto schlechter für Deutschland und Europa.

Die Menschen wollen den Neuanfang mit einer verantwortungsvollen und seriösen Regierung für Deutschland. Sie wollen, dass Vernunft und Verantwortung wieder zu den Maßstäben der Politik werden. Die SPD-Bundestagsfraktion bereitet sich auf die Regierungsverantwortung vor. Unser Projekt heißt Zukunft.

CHRONIK DES SCHEITERNS

Zwei Jahre Schwarz-Gelb

10-2009

- Koalitionsvertrag: 132 Seiten, die nichts regeln und schwarz-gelbe Planlosigkeit verschleiern
- Die Koalition kündigt eine Senkung der Einkommenssteuer für 2011 an.

11-2009

- Kundus-Affäre: Arbeitsminister Jung tritt aufgrund schwerwiegender Fehler in seiner Zeit als Verteidigungsminister während der großen Koalition zurück. Ursula von der Leyen wechselt ins Arbeitsministerium. Kristina Schröder wird Familienministerin.

12-2009

- Nach Millionenspende der Mövenpick-Hotelkette an die FDP beschließt Schwarz-Gelb die Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen. Die „Mövenpick-Steuer“ kostet Bund, Länder und Kommunen jährlich 1 Mrd. Euro.
- Finanzminister Schäuble erklärt: „Wir Deutschen können nicht für Griechenlands Probleme zahlen.“

01-2010

- Auftakt zur Klientelpolitik: Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz tritt in Kraft

02-2010

- Soziale Kälte: Westerwelle bezichtigt die Empfänger von Transferleistungen der „spätromischen Dekadenz“. Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich ein Hohn.

03-2010

- Außenminister Westwelle reist durch Südamerika. Unter den Wirtschaftsvertretern, die ihn begleiten, ist eine Reihe FDP-Spender. Es entsteht der Eindruck, Handelsreisen mit dem Außenminister seien käuflich.
- 5. März 2010: Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) schließt Griechenland-Hilfen grundsätzlich aus: „Wir haben nicht die Absicht, einen Cent zu geben.“
- 25. März 2010: Die Euro-Gruppe sagt Griechenland ein Hilfspaket bilateraler Kredite unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds zu.

05-2010

- 3. Mai 2010: Das Bundeskabinett stimmt den Griechenland-Hilfen zu.
- 7. Mai 2010: Bundestag und Bundesrat verabschieden das Gesetz zur Griechenland-Hilfe.
- 9. Mai 2010: Schwarz-Gelb verliert die Wahl in NRW und muss die Regierungsverantwortung abgeben. Merkel schließt Steuersenkungen für die kommenden zwei Jahre aus.
- 10. Mai 2010: Die EU-Finanzminister einigen sich auf einen 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds.
- 11. Mai 2010: Die Bundesregierung bringt den deutschen Anteil am Rettungspaket für den Euro auf den Weg.
- 31. Mai 2010: Horst Köhler tritt als Bundespräsident zurück.

06-2010

- Schwarz-Gelb beschließt mit dem so genannten Sparpaket Maßnahmen für Haushaltseinsparungen, die vor allem Arbeitslose und Familien treffen.
- Blamage in der Bundesversammlung: Christian Wulf kann sich erst im dritten Wahlgang gegen den Kandidaten von SPD und Grünen, Joachim Gauck, durchsetzen. Wie die Mehrheit der Bevölkerung sehen auch einige Vertreter des Regierungslagers Gauck als den besseren Bundespräsidenten.

10-2010

- Schwarz-Gelb beschließt die Laufzeitverlängerung für deutsche AKW und damit den Ausstieg aus dem Atomausstieg

11-2010

- Schwarz-Gelb beschließt mit dem GKV-Finanzierungsgesetz die Entsolidarisierung unseres Gesundheitssystems

- Irland beantragt Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm. Die EU-Finanzminister gewähren Dublin ein Hilfspaket von 85 Milliarden Euro und einigen sich auf eine nur begrenzte Gläubigerbeteiligung bei künftigen Schuldenkrisen.

12-2010

- Union und FDP kündigen eine Senkung der Einkommenssteuer für die zweite Hälfte der Legislaturperiode an
- FDP rutscht in Umfragen auf vier Prozent ab

02-2011

- Die SPD und ihr Spitzenkandidat Olaf Scholz gewinnen bei den Hamburger Senatswahlen die absolute Mehrheit. Die CDU fährt ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit ein.

03-2011

- Plagiatsaffäre: Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) tritt wegen Betrugsvorwürfen im Zusammenhang mit seiner Doktorarbeit zurück.
- Nach dem GAU von Fukushima verhängt Angela Merkel ein „Moratorium“, mit dem sie die Verlängerung der Atomlaufzeiten für drei Monate aussetzt.
- Deutschland enthält sich in der Libyen-Frage der Stimme im UN-Sicherheitsrat. Westerwelle lässt die Öffentlichkeit über die Gründe spekulieren.
- Der Europäische Rat billigt die Grundzüge des permanenten Rettungsschirms ESM.
- Schwarz-Gelb verliert die Mehrheit in der CDU-Hochburg Baden-Württemberg.
- Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz scheitert die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde.

04-2011

- Westerwelle tritt als FDP-Vorsitzender zurück.

05-2011

- Brüderle muss das Amt als Wirtschaftsminister abgeben, ihm folgt der ehemalige Gesundheitsminister Rösler, der wiederum von Daniel Bahr ersetzt wird.
- Die Euro-Finanzminister beschließen ein Rettungspaket für Portugal mit einem Volumen von 78 Milliarden Euro.

06-2011

- Schwarz-Gelb beschließt, die Laufzeitverlängerungen für deutsche AKW rückgängig zu machen.

- Der Europäische Rat beschließt die Erweiterung des Rettungsschirms EFSF.

07-2011

- Die Koalition kündigt Steuersenkungen zum 1. Januar 2013 an. Über die angestrebte Höhe entbrennt neuer Streit zwischen Union und FDP.
- Die Finanzminister der Euro-Gruppe unterzeichnen den Vertrag zur Schaffung des neuen Krisenfonds ESM, der zum 1. Juli 2013 den derzeitigen Rettungsschirm EFSF ablösen soll. Der Fonds wird eine Kapitalausstattung von 700 Milliarden Euro haben.
- Ein Sondergipfel der Euro-Staaten beschließt das zweite Hilfspaket für Griechenland mit einem Volumen von 109 Milliarden Euro sowie eine Ausweitung des Aufgabenbereichs des Rettungsschirms EFSF.
- Rüstungsdeal mit den Gegnern der arabischen Demokratiebewegung: Bundesregierung beschließt Lieferung von 200 Leopard 2-Panzern nach Saudi-Arabien.

08-2011

- Westerwelle erklärt die Sanktionspolitik Deutschlands gegen das Gaddafi-Regime als entscheidend für den Sturz des Diktators und löst damit allgemeines Unverständnis aus. Aus seiner Partei werden Rücktrittsforderungen laut.

09-2011

- Bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern fährt die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis ein. Die FDP scheitert deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.
- Bei der Wahl in Berlin erhält die FDP weniger als zwei Prozent der Stimmen.